3. Die Kampagne "Kampf dem Atomtod"

Es waren noch keine zehn Jahre vergangen seit die erste Atombombe über Hiroshima abgeworfen worden war, da war 1954 zum ersten Mal in Zeitungsberichten zu lesen, welchen Kurs die NATO und allen voran die USA in Fragen der atomaren Ausrüstung der Verbündeten ansteuerten. Gegen diesen Kurs entstand in der BRD eine zweite, große Protestbewegung, die sich selbst den Namen „Kampf dem Atomtod" gab. Dennoch wurden innerhalb von drei Jahren scheinbar unverrückbare Tatsachen geschaffen. Wie im Kapitel um die Opposition gegen die Wiederbewaffnung erscheint es uns nötig die Politik der USA, der NATO und nicht zuletzt der Bundesregierung nachzuzeichnen die den Widerstand herausforderte.

Die Politik der USA und der NATO

Trotz eindeutiger Bestimmungen des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes, wonach die Abgabe von Kernwaffen an Verbündete untersagt war, beschäftigte sich die NATO-Ministerratskonferenz in Paris 1954 mit der Frage nach der Einbeziehung atomarer Munition in die militärische Strategieplanung West-Europas. Schon hier wurde deutlich, daß auch oder gerade die Bundesrepublik in diesem Konzept eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen hatte: sie war bei dieser Konferenz vertreten, obwohl sie erst ein Jahr später Mitgliedsland der NATO wurde.
Das erarbeitete Konzept sah vor, die konventionelle Waffenüberlegenheit der Sowjetunion durch „moderne, nukleare Streitkräfte" auszugleichen. Unterstrichen wurden diese Anzeichen einer Strategieänderung der NATO durch Zeitungsmeldungen, wonach auf westdeutschem Boden neben Atommunition bereits taktische Atomwaffen lagerten. Diese Meldungen wurden von amerikanischer Seite nicht dementiert. (43)
Am 5. Mai 1955 trat die BRD der NATO bei, nachdem sie sich durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge u.a. dazu verpflichtet hatte, keine ABC-Waffen herzustellen.
In diesem Jahr fand ein Ereignis statt, daß – trotz Presseberichterstattung – erstaunlich wenig Resonanz in der Bevölkerung fand: das NATO-Manöver "Carte Blanche". Dies sollte die Fähigkeit demonstrieren, feindliche Militärbasen und Kommunikationsnetze mit taktischen Atomwaffen außer Gefecht zu setzen. Das Planspiel erbrachte für die BRD eine Verlustziffer von 1,7 Millionen Toten und 3,5 Millionen Verwundete. In einem bitter-ironischen Artikel berichtete der SPIEGEL von 171 „abgeworfenen" Atombomben auf das Verteidigerland. (Dokument A)
Die NATO schuf schnell Tatsachen: 1956 erklärte der amerikanische Verteidigungsminister Wilson die prinzipielle Bereitschaft Amerikas, den europäischen Verbündeten taktische Atomwaffen zu liefern und im NATO-Rat forderten die Mitgliedstaaten die USA auf, „ihnen taktische Trägerwaffen zur Verfügung zu stellen". (44) Das Jahr 1957 brachte auf NATO-Ebene die Entscheidung: John Foster Dulles bestätigte die Überlegungen einer Veränderung der Abschreckungsstrategie der NATO. Setzten die USA bis dahin wegen ihres Monopols an nuklearen Waffen und weitreichenden Trägersystemen auf die Strategie der „massiven Vergeltung" (atomarer Einsatz bei einem Angriff der UDSSR), so sahen sie sich gezwungen diese Strategie zu verlassen als die UDSSR selbst im Besitz von Nuklearwaffen war und ein „atomares Patt" in Aussicht stand. Die neue Strategie der „abgestuften Abschreckung" wurde 1967 offiziell als "flexible response" eingeführt. Sie beruhte auf dem Androhen des Einsatzes neuer, „kleinerer" Waffen unterhalb des atomaren Totalvernichtungspotentials, welches sich auf dem Boden der USA und der UDSSR selber befindet. Diese neuen Waffen sollten u.a. die „taktischen Atomwaffen" in Europa sein.
Der NATO-Rat begann mit diesem Modell 1956: in seiner traditionellen Dezembersitzung bot der amerikanische Außenminister dem Bündnis an, „erstens dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europas Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen und zweitens in Europa für die NATO-Truppen Lager mit Atomsprengköpfen unter amerikanischem Verschluß anzulegen (...), die Regierung der Vereinigten Staaten habe dem Kongreß inzwischen eine entsprechende Änderung des Atomenergie-Gesetzes vorgeschlagen". (45)
Bis zu diesem Zeitpunkt gab es noch keinen nennenswerten Widerstand in der Bevölkerung und den Großorganisationen.

Die Haltung der Bundesregierung

Schon wie bei der Frage der Wiederbewaffnung, die die Bundesregierung und allen voran Konrad Adenauer in der Öffentlichkeit zunächst rigoros ablehnte, danach aber doch sehr schnell in Wort und Tat auf militärische Stärke und Hoffnungen vertraute, wurde diese Politik als Grundzug christ-demokratischer Perspektiven weiter fortgesetzt. Die Unterzeichnung der Pariser Verträge mit dem endgültigen Beitritt der BRD in die NATO und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1956 waren wichtige und rasch durchgeführte Schritte auf dem Weg zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. So nimmt es nicht wunder, daß bereits ab Dezember 1955 die ersten Verlautbarungen Bonner Regierungsstellen über eine mögliche Ausstattung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen zu hören waren. Allerdings wurden diese Verlautbarungen sehr dosiert verbreitet, um nicht zu früh in die öffentliche Debatte zu gelangen. Adenauer selber vertrat bis 1956 die Ansicht, die BRD müsse konventionell verteidigt werden und nicht atomar. (46) Auf einer Pressekonferenz am 5. April 1957 setzte er dann aber ein Zeichen: „Unterscheiden Sie doch", so erklärte er den Journalisten, „die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, daß unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen". (47) Durch die Verwendung der Begriffe „normale Bewaffnung" und „neueste Entwicklung" wird deutlich, wie sehr Adenauer und seine Regierung die atomare Bewaffnung herunterspielen wollten.
Festzuhalten bleibt, daß nach den Wahlen zum dritten deutschen Bundestag im September 1957 die CDU-Bundesregierung über eine deutliche Mehrheit im Bundestag verfügen konnte, die ihr jeglichen Abstimmungssieg ermöglichte.
Die Zeit bis zur Abstimmung über die Atombewaffnung im März 1958 war gekennzeichnet durch einen riesigen Propagandaaufwand seitens der Bundesregierung gegen die Gegner der Atombewaffnung: wie schon Jahre zuvor wurde mit Erfolg vor allem der Antikommunismus geschürt und alle, die anders dachten als zu denken war, als Moskaus Handlanger bezeichnet.

Die Opposition

Es ist erstaunlich, daß es weder die Oppositionsparteien, der

Deutsche Gewerkschaftsbund, die Kirchen noch andere außerparlamentarische Gruppen waren, die den Anfang einer Oppositionsbewegung ins Leben riefen, sondern daß es Wissenschaftlern vorbehalten blieb, sich mit Erklärungen an die Öffentlichkeit zu wenden.
Der „Kampfbund gegen Atomschäden", gegründet auf Initiative des Gynäkologen und Chefarztes Dr. med. Bodo Manstein, veröffentlichte 1956 sein Gründungsmanifest, dem sich tausende Wissenschaftler anschlossen. In der Einleitung hieß es:
„Unser Zeitalter hat mit erschreckender, aber unübersehbarer Deutlichkeit offenbar gemacht, wie breit die Kluft geworden ist, die sich heute zwischen technisch-organisatorischer Perfektion und moralischem Handeln auftut. Die weltweite, um nicht zu sagen: unbegrenzte Auswirkung der Atomenergie, hat den Menschen vor die folgende Alternative gestellt: entweder macht der sich blind und rennt aus Angst vor der Angst in den selbstverursachten Untergang; oder er findet den Mut und die Entschlußkraft zur heute gebotenen geistigen und moralischen Entscheidung, das heißt: er tut sein äußerstes, um die ins Rollen geratene Selbstbedrohung der Menschheit aufzuhalten und im letzten Augenblick ein neues, friedliches Zusammenleben der Völker zu erreichen". (48)
Weit mehr Aufsehen in der Bevölkerung und den eigentlichen Anstoß zur öffentlichen Debatte lieferte aber die Erklärung der Göttinger 18. Am 12. April, sieben Tage nach Adenauers Pressekonferenz, traten 18 der renommiertesten deutschen Atomwissenschaftler an die Öffentlichkeit. Sie taten dies, nachdem ihnen kurz zuvor noch bei internen Gesprächen mit der Bundesregierung versichert worden war, daß eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr nicht in Frage käme. Die beiden wesentlichen Punkte ihrer Erklärung waren die Aufforderungen an die Bundesregierung, auf Atomwaffen zu verzichten und ihre eigene prinzipielle Weigerung, sich an der Herstellung, der Erprobung und dem Einsatz solcher Waffen zu beteiligen. (Dokument B)
Vor allem der Überraschungseffekt sowohl für die Bevölkerung als auch für die Bundesregierung, welche die Wissenschaftler auf ihrer Seite glaubten, bewirkte eine große Resonanz. Adenauer, der die Kompetenz der Wissenschaftler sich auf diese Weise zu äußern bestritt und ein Auszug aus einem Interview des SPIEGEL's mit dem damaligen Verteidigungsminister Strauß verdeutlichen die Haltung und Einstellung der Bundesregierung:
„Strauß: Allmählich wird schon jeder Säbel als eine Provokation der Sowjets empfunden. Man muß ihn rechtzeitig beseitigen, damit sie sich nicht in ihrem Seelenfrieden gestört fühlen.
SPIEGEL: Nun, vom Säbel zu den Atomwaffen ist ja ein großer Schritt.
Strauß: Das ist eine technische Entwicklung.
SPIEGEL: Eben das sagt der Herr Bundeskanzler auch. Und darum protestieren die Atomwissenschaftler.
Strauß: Wir sind die Adressaten der Petitionen sämtlicher Moralromantiker der Welt geworden, allmählich.
SPIEGEL: Sie haben die Verantwortung, das ist nun einmal so.
Strauß: Ja, wenn wir die Verantwortung haben, können wir nicht auf jeden phantasievollen Astrologen hereinfallen, auf jeden Weltverbesserer.
SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch". (49)
Die Erklärung der Wissenschaftler löste zunächst eine Welle weiterer Aufrufe und Appelle aus. So wandte sich Albert Schweitzer, der geachtete und geschätzte „Urwald-Doktor" und Träger des Friedensnobelpreises, in einer vielbeachteten Rede über 140 Rundfunk-Stationen am 23. April 1957 in einem „Appell an die Menschheit" vor allem auch an die deutsche Bevölkerung. (50) Karl Barth, der Schweizer Theologe, brachte mit seinem engagierten Aufruf „Es geht ums Leben", in dem er sich sowohl auf die Göttinger Erklärung als auch auf den Appell von Schweitzer berief vor allem die Diskussion in den Kirchen in Gange. (Dokument C)
Zunächst aber bleibt die Frage wichtig, warum sich die SPD als größte Oppositionspartei erst jetzt und nur zögernd in die Debatte einschaltete.

Die SPD

Mehrere Gründe scheinen für dieses Verhalten der SPD bemerkenswert zu sein: Ein wesentlicher Faktor war, daß sie noch alle Überlegungen im sicherheitspolitischen Bereich auf die Frage der Wiederbewaffnung und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht konzentriert hatte. Ihre Politik war argumentativ ausgerichtet auf die Wiedervereinigung, die sie durch die Eingliederung der beiden deutschen Staaten in die Militärblöcke gefährdet sah. Taktische Überlegungen spielten insofern eine Rolle, als daß sich die SPD bisher durch ihre Ablehnung der Sicherheitspolitik der Bundesregierung die dauernden Vorwürfe des Sicherheitsrisikos und des kommunistischen Handlangers gefallen lassen mußten. Bei der antikommunistischen Propaganda der Regierung und den dadurch wieder verstärkten Ressentiments in der deutschen Bevölkerung konnte dies wahlentscheidende Auswirkungen haben.
Ein dritter Punkt für das Zögern der SPD auf parlamentarischer Ebene Widerstand zu leisten lag auch in der bisherigen Erfahrung mit den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag, die keinerlei Chancen für einen Abstimmungssieg zuließen. So nahmen dann auch die erfolgten parlamentarischen Vorstöße den Charakter der Öffentlichkeitsarbeit an.



SPD-Wehrexperte Schmidt 1958

Bundestagsdebatten zur Atombewaffnung

Nach der Erklärung der „Göttinger 18" setzte sich die SPD mit der Atombewaffnung intensiv auseinander. In einem Entschließungsantrag forderte sie im Bundestag am 10.5.57 die Bundesregierung auf, „die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen" und „die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben (...) durch dritte Mächte auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu verweigern (...)". (51) Der Entschließungsantrag wurde erwartungsgemäß von der CDU/CSU abgelehnt und die SPD, die sich in den folgenden Wochen immer schärfer gegen die Pläne der Regierung aussprach, verlor die Bundestagswahlen im September 1957 eindeutig.
Doch es kam zu erneuten, von den Oppositionsparteien angestrebten Sicherheitsdebatten im Bundestag: zu einem parlamentarischen Höhepunkt wurde der 23.1.1958, als Thomas Dehler und Gustav Heinemann, beides ehemalige Minister, Adenauer definitiv zum Rücktritt aufforderten. Die Rede von

Gustav Heinemann wurde eine weitere Station auf dem Weg zur Kampagne „Kampf dem Atomtod". Er führte aus: „Seien Sie sich klar darüber, daß das, was der Herr Strauß 'Panikmache' nennt, einer tiefen letztlich begründeten, unüberwindlichen Furcht im Volk entspringt, daß hier ein Verhängnis heraufzieht, dem man sich entgegenstellen wird". (52)
Bemerkenswert war die inhaltliche Grundlage der Debatte: dies war zum einen der sogenannte „Rapacki-Plan" (gemeint ist ein Vorschlag des polnischen Außenministers über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die Polen und die beiden Teile Deutschlands umfassen sollte) und die Gedanken des ehemaligen US-Botschafters in Moskau G.F. Kennan, der sich ebenfalls für ein atomares „Disengagement" in diesem Raum einsetzte. Die SPD hatte sich beide Vorschläge zueigen gemacht. Als Antwort blieb der CDU/CSU nichts weiteres, als vor allem den Rapacki-Plan als Störmanöver zu bezeichnen und ihre antikommunistischen Argumente vorzutragen, ohne den polnischen Vorschlag ernsthaft geprüft zu haben.
Im Frühjahr 1958 beantragte die CDU/CSU eine weitere Sicherheitsdebatte, die als die „große Märzdebatte" bekannt wurde. Die Regierung benötigte dabei die Zustimmung zum Kommuniqué der NATO, um mit der atomaren Umrüstung beginnen zu können. Obwohl die SPD, wie durch Meinungsumfragen ermittelt worden war, die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Frage hinter sich hatte, befand sich die Partei 2 Tage in der Defensive und mußte sich eine „militärisch-politische Inquisitation" (53) durch die Regierung gefallen lassen. Der Verteidigungsexperte der SPD, der Abgeordnete Helmut Schmidt, hielt eine bemerkenswerte Rede. Er sagte dabei unter anderem:
„Wir sagen dem deutschen Volk in voller, ernster Überzeugung, daß der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Bomben gegeneinander zu bewaffnen, in der Geschichte einmal als genauso schwerwiegend und verhängnisvoll angesehen wird, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war. (...) Das Volk darf ja nicht wissen, was hier begonnen wird! (...) Ich frage mich, wie es enden wird!" (54)
Alle Anträge der SPD und der FDP wurden abgelehnt und der Entschließungsantrag der CDU/CSU fand seine schicksalshafte Mehrheit. Der wichtigste Abschnitt lautete: „Solange der Kommunismus seine weltrevolutionären Ziele weiterverfolgt (...) müssen die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO, zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können." (55)
Von nuklearen Waffen war nicht die Rede ...
Bei dem nun verstärkt beginnenden Widerstand spielten Theologen vor allem der Ev. Kirche (die übrigens damals noch gesamtdeutsch war) eine große Rolle. Namen wie Helmut Gollwitzer, Martin Niemöller und Heinz Kloppenburg tauchten sowohl bei Unterschriftsaktionen wie auf den Rednerlisten immer wieder auf. Aber daraus auf die allgemeine Haltung der Ev. Kirche zu schließen wäre trügerisch.

Die Haltung der Ev. Kirche

Die Diskussion innerhalb der Ev. Kirche zeigte sehr deutlich, welche persönliche Betroffenheit die Atomwaffendiskussion auslöste. Denn nur durch eigene Betroffenheit wurde dieser politische Konflikt in eine Organisation hineingetragen, die sich stärker als jede andere Organisation in der BRD als überpolitische Einheit verstand.
Als erstes Vertretungsorgan aus dem kirchlichen Bereich verabschiedete im Juni 1956 die Synode der Ev. Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin eine „Theologische Erklärung", die in der Hauptsache an die Christen unter den Kernphysikern gerichtet war. In ihr hieß es:
Das Evangelium befreit uns dazu, von der uns durch den Schöpfer geschenkten Vernunft Gebrauch zu machen, in der wissenschaftlichen Erkenntnis, in der Erziehung und Bildung, wie in der technischen Benutzung der von Gott in die Schöpfung gelegten Kräfte.
Es verwehrt uns, mit der Wissenschaft Götzendienst zu treiben, ihrem Fortschritt den Menschen zu opfern und sie zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu mißbrauchen, die durch keinen Zweck geheiligt werden können (...)." (56)
Durch die Appelle von A. Schweitzer und K. Barth wurde die Diskussion weiter intensiviert. Vor allem die kirchlichen Bruderschaften verlangten von der Synode eindeutige Stellungnahmen. Im Februar 1958 überreichten sie der gesamtdeutschen Synode der EKD eine Anfrage, über das „Christus-Bekenntnis im Atomzeitalter". In zehn Thesen legten sie ihre Positionen dar. (Dokument D)
Die Synode, die im April 1958 tagte, wurde aufgefordert, den vorgelegten Thesen ihre Zustimmung zu geben oder sie mit Hilfe der „Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft" (57) zu widerlegen. Doch die Synode konnte sich zu keiner Zustimmung durchringen, die Thesen erschienen für die lutherischen Kirchenmänner wohl zu radikal. Nach heftigen Diskussionen einigte man sich schließlich auf einen völlig unverbindlichen Beschluß, indem die Synode unter anderem bittet, „eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden." (58)
Der Schlagabtausch zwischen theologischen und kirchenpolitischen Kontrahenten ging auch nach Ende der Synode unvermindert weiter. Nach einem eindringlichen Appell der kirchlichen Bruderschaften im Mai 1958 „An die Christen der Welt" veröffentlichte im Juni der „Ev. Arbeitskreis" der CDU einen Aufruf „An die ev. Christen Deutschlands". (Dokument E)
Die Diskussion in der Ev. Kirche fand im übrigen ein Jahr später mit der Verabschiedung der „Heidelberger Thesen" einen vorläufigen Abschluß, gleichzeitig aber auch neuen Zündstoff. In der These 8 heißt es: „Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen." (59)



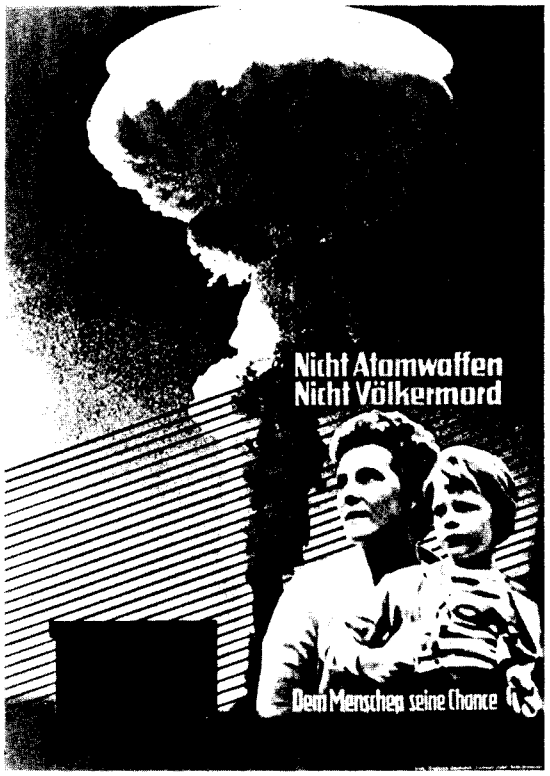
Die Kampagne „Kampf dem Atomtod"

Den SPD-Führern war sehr schnell nach den ersten parlamentarischen Vorstößen klar geworden, daß nur eine große Bevölkerungskampagne eine Veränderung der adenauerschen Politik erreichen würde. Ergebnis dieser Überlegungen war der Entschluß zu einer Aufklärungskampagne, zu deren Beginn eine Reihe namhafter Persönlichkeiten der unterschiedlichsten Organisationen und Gruppen eingeladen wurden. Bei diesem Treffen am 22.2.1958 legte die SPD eine Marschroute für die Aufklärungskampagne vor. Zudem sollte ein Aufruf erstellt werden, der u.a. durch eine Plakateaktion in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollte. Der vorbereitete Aufruf der SPD, der ziemlich allgemein und unverbindlich gehalten war, wurde erst durch Zusätze aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Kreisen zu einem „Kampf-Aufruf", wie der später häufig zitierte Satz von Martin Niemöller dokumentiert:

„Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht". Dieser Aufruf „Kampf dem Atomtod" (Dokument F) wurde im März der Presse übergeben und im ganzen Land plakatiert. Kurz darauf unternahm die Bundesregierung eine Gegenplakatation, in der sie vor „falschen Propheten" (60) warnte.
Am 23. März, dem 25. Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes und dem ersten Tag der Märzdebatte im Bundestag fand die Auftaktkundgebung der Kampagne in Frankfurt statt. (Dokument G). Nachdem sich der DGB-Bundesvorstand der Kampagne angeschlossen hatte, bildeten sich Anfang Mai viele Ortsausschüsse „Kampf dem Atomtod", die konsequenterweise fast alle personell von SPD und DGB abhängig waren. Die Kampagne weitete sich immer mehr aus. Nach dem Muster der Eröffnungskundgebung fanden in hunderten von deutschen Städten ähnliche Aktionen statt. Allein die Kundgebung in Hamburg kennzeichnete mit 150 000 Teilnehmern die Betroffenheit der Bevölkerung. Zahlreiche Organisationen schlossen sich dem Aufruf an und beteiligten sich an den Veranstaltungen. (Dokumente H und I). Innerhalb weniger Wochen versammelten sich tausende von Menschen auf den Straßen und eilten zu den Kundgebungen. Die Redner – Wissenschaftler, Theologen, Intellektuelle und Angehörige von SPD, DGB und FDP – reisten von einem Kundgebungsort zum anderen um ihre Parole „Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht" weiterzugeben. Die Liste der Redner enthielt im übrigen manche Namen, die heute politisch im Rampenlicht stehen: MdL Hildegard Brücher (FDP), MdB Hans Jürgen Wischnewski (SPD) und der MdB Helmut Schmidt (SPD) forderte gar am 1. April für den „Fall des Mißlingens der sozialdemokratischen Volksbefragungspläne" einen auf „zwei bis drei Tagen befristeten Generalstreik". (61)
Aber es gab auch Aktionen, die den Rahmen der organisierten Großkundgebungen verließen: „Die Stadt Frankfurt/Main gab ein nachahmenswertes Beispiel dafür, wie man für die Bevölkerung einzutreten hat, für deren Gesundheit und Leben man verantwortlich ist: Man muß ihr die Wahrheit sagen und darf sie nicht in die Illusion versetzen, bei einem atomaren Konflikt gebe es einen wirksamen Schutz auch nur für einen Teil der Einwohner. Eine Delegation des Magistrats, verstärkt durch Mediziner, Soziologen und Theologen, besuchte im Mai und Juni 1958 die Stadt Hiroshima, das Opfer der ersten Atombombe der Geschichte. Den Bericht über diesen Besuch ließ der Magistrat jeder Frankfurter Haushaltung zustellen. Der Titel lautet: 'Es geht um dein Leben – die Wahrheit über die Atombombe'". (62)
Doch schon bald zeichnete sich wegen der vielen Aktionen ein gewisses Unbehagen bei der Spitze von SPD und DGB ab. Vor allem der DGB schien zunehmend unter Druck zu kommen, denn die Arbeiter gingen nicht nur zu den Kundgebungen, sondern blieben auch der Arbeit fern. So erstaunt es nicht, daß bei einer Karlsruher Großkundgebung die Werksleitungen zwei Stunden vor Beginn der Veranstaltung arbeitsfrei gaben. Das Wort vom Streik machte die Runde ...

Streik und die Haltung des DGB

Das Engagement der Gewerkschaften wurde vor allem durch den „Appell der Vierundvierzig" im Februar 1958 provoziert und angeregt. Der von 44 Professoren (Theologen und Naturwissenschaftlern) unterzeichnete Aufruf richtete sich besonders „an die Gewerkschaften als der größten Berufsständischen Organisation" (63) und vertrat in seiner politischen Zielsetzung das Konzept der atomwaffenfreien Zone. Nach diesem Appell, vorher hatte sich der DGB kaum in die Debatte eingeschaltet, setzte eine Lawine von Entschließungen und weiteren Appellen ein. Auf Gewerkschaftskonferenzen wurde erstmals die Forderung nach gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen laut. Hans Karl Rupp hat in seinem Buch „Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer" (siehe Literaturhinweise) einige der folgenden Aktionen zusammengetragen und nachgezeichnet: Während der Bundestagsdebatte im März und den Auftaktkundgebungen der Kampagne kam es zu den ersten, wilden Streiks. Ohne daß ein Gewerkschaftsfunktionär dazu aufgerufen hatte, traten zwischen 500 und 1000 Arbeiter der Kasseler Henschelwerke in den Ausstand und formierten sich zu einem Demonstrationszug. Am 26. März kam es zu weiteren Arbeitsniederlegungen, zwei Tage später traten 3000 Arbeiter des Braunschweiger VW-Zweigwerkes für eine Stunde in den Ausstand, ebenso ein beträchtlicher Teil der 25 000 im Wolfsburger Hauptwerk Beschäftigten. In beiden Fällen machten sie den Protest gegen die Atomwaffenpolitik der Bundesregierung deutlich. (64)
Der DGB-Bundesvorstand sah sich nun veranlaßt, eine außerordentliche Vorstandssitzung einzuberufen. Während dieser Sitzung (die Protokolle sind bis heute nicht einsehbar) stand die Frage nach einem Generalstreik im Vordergrund. Viele Telegramme, Briefe und Fernschreiben an diese Vorstandssitzung setzten sich nachdrücklich dafür ein und verlangten vom DGB Kampfmaßnahmen.
Der DGB-Vorstand widersetzte sich diesem Anliegen jedoch. Man behalte sich weitere Schritte vor und unterstütze die Kundgebungswelle weiter, wurde festgestellt. Das wichtigste Kampfmittel der Gewerkschaften wurde aber nicht beschlossen. So versagte das Führungsgremium des Gewerkschaftsbundes, ebenso wie die Kirchenleitung, den Atomwaffengegnern die letzte, konsequente Unterstützung. Es blieb nun als letzte Aktion die Volksbefragung, auf die sich die SPD und DGB stützten. Aber nach den Erfahrungen beim Kampf gegen die Wiederbewaffnung mußte man diese Möglichkeit von Anfang an als nicht gerade erfolgversprechend einschätzen.



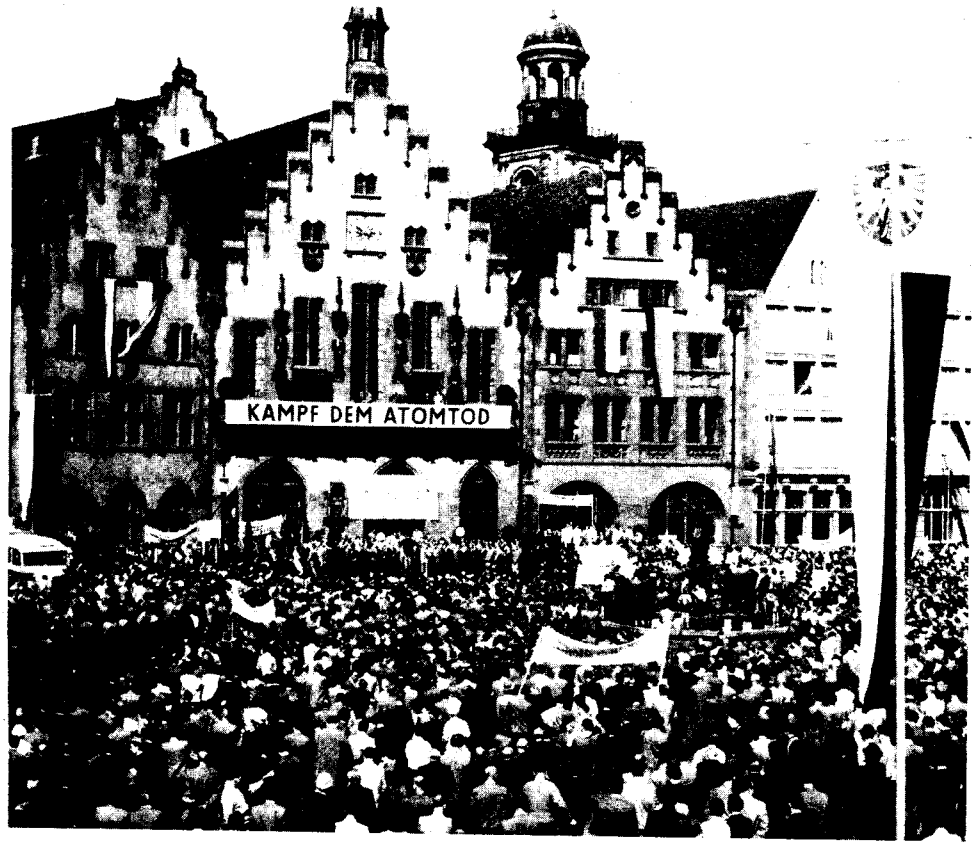
Die Kampagne zur Volksbefragung

Noch während der Märzdebatte kündigte Erich Ollenhauer für die SPD die Durchführung einer amtlichen Volksbefragung, bzw. deren Vorbereitung, an. Diese Ankündigungen umfaßten Gesetzesinitiativen, die auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene analog zum Wahlverfahren den Bürgern die Gelegenheit geben sollten, zur Atombewaffnung und Lagerung von Atomsprengköpfen im Bundesgebiet ihr Einverständnis oder ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen. Nach dem Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion sollten folgende Fragen gestellt werden:
„1. Sind Sie damit einverstanden, daß deutsche Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern ausgerüstet werden?
2. Sind Sie damit einverstanden, daß in Deutschland Abschuß-

vorrichtungen für atomare Sprengkörper angelegt werden?" (65)
In mehreren Landtagen wurden auf Antrag der dortigen SPD-Fraktion Debatten über die Volksbefragung geführt, in Bremen und Hamburg wo die SPD über eine Mehrheit verfügte, die Volksbefragung beschlossen. Auch auf Gemeindeebene entschlossen sich zum Beispiel die Städte Frankfurt, Offenbach und Darmstadt zur Durchführung der Befragung.
Diesen Vorbereitungen machte jedoch die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht ein jähes, aber nicht unerwartetes Ende: Im Bundestag, am 24.4.1958, erklärte die Bundesregierung die Volksbefragung schlicht und einfach für verfassungswidrig und reichte Ende Mai, als die oben genannten Befragungen bevorstanden, Verfassungsklage in Karlsruhe ein, unter anderem mit der Begründung, daß eine Volksbefragung gegen die Beschränkung plebiszitärer Einrichtungen durch das Grundgesetz verstoße. Eine einstweilige Anordnung zur Aussetzung der Vorbereitungen bedeutete das Ende der Kampagne. Am 30.7. gab das Bundesverfassungsgericht der Klage der Bundesregierung statt. (Dokument K)

Das Ende der Kampagne „Kampf dem Atomtod"

SPD und DGB, die großen Träger und Initiatoren der Kampagne waren es, die eben so schnell wie die Kampagne begonnen hatte nun dafür sorgten, daß das Ende in die Wege geleitet wurde. Durch die parlamentarischen Mißerfolge der SPD (Abstimmungsniederlagen im Bundestag, Verbot der Volksbefragung) und die mangelnde Unterstützung ihrer Politik durch die Bevölkerung (bei den Landtagswahlen am 6. Juli 1958 im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen errang die CDU die absolute Mehrheit) sah sich die Führung der SPD veranlaßt, innerhalb kürzester Zeit ihre Politik zu verändern. Dies betraf in erster Linie auch ihre Haltung zur Sicherheitspolitik der Regierung. Die Reformergruppe innerhalb der SPD um Wehner, Erler, und Brandt leiteten die „programmatische Öffnung nach rechts" (66) ein. Beginnend auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 fand diese Parteiveränderung ihren Abschluß in der Verabschiedung des Godesberger Programmes 1959. Es ging letztendlich darum, „den Wählern gegenüber nicht mehr als die Partei der ewigen Neinsager aufzutreten", (67) wie Alfred Grosser in seinem Buch „Deutschlandbilanz" feststellt. Dieser Wandel ging bereits ab Ende Mai 1958 und dann vor allem im Verlauf des Juli voll zu Lasten der Kampagne. Die SPD unternahm nichts, um die Orts- und Kreisausschüsse „Kampf dem Atomtod" fortzuführen. Der DGB trug das seine zum Ende der Kampagne bei, als er im April einen Antrag des Bonner Ausschusses auf eine 5minütige Arbeitsniederlegung anläßlich der NATO-Konferenz in Kopenhagen mit dem Argument ablehnte, das Volk sei noch nicht reif für derartige Aktionen. (68)
Nun machte sich bemerkbar, daß die Ausschüsse und die gesamte Organisationsstruktur der Kampagne in Händen der SPD und des DGB gelegen hatte. Die vielen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich der Kampagne angeschlossen hatten, und sie eigentlich trugen, waren den taktischen Manövern der beiden Großinstitutionen völlig ausgeliefert. Sie traf das Ende der Kampagne so überraschend, daß es sie fast völlig lähmte. Und doch fanden sich viele schon wenige Jahre später bei den Ostermärschen wieder, um aus den gemachten Erfahrungen die Konsequenzen zu ziehen.



Ostern 1958 – Großkundgebung des DGB auf dem Frankfurter Römerberg

4. Dokumente

Dokument A (69)

Verteidigung

Überholt wie Pfeil und Bogen

Solange wir nicht zur NATO gehören, sind wir im Fall eines heißen Krieges zwischen Sowjet-Rußland und den Vereinigten Staaten das europäische Schlachtfeld, und wenn wir in der Atlantikpakt-Organisation sind, dann sind wir dieses Schlachtfeld nicht mehr. (Bundeskanzler Konrad Adenauer in der zweiten Lesung der Pariser Verträge vor dem Deutschen Bundestag.)
Bundeskanzler Konrad Adenauer hat in den letzten Koalitionskonferenzen über das mißratene Freiwilligen-Gesetz den regierungsbraven Militär-Experten des Parlaments fest in die Hand versprochen, daß eine Koalitionskommission in enger Führung mit dem Verteidigungsministerium den Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte im Hinblick auf die Gegebenheiten des Atomkrieges überprüfen soll. Die Ursache dieses Versprechens war die „Operation Carte Blanche".
Dieses Manöver der taktischen Nato-Luftstreitkräfte in Europa hat nicht nur die Bundesrepublik ebenso gründlich wie unsichtbar in Schutt und Asche gelegt, sondern auch den Traum der kleinen Residenz am Rhein von Schutz und Sicherheit im Schall und Rauch von 335 Atombombenexplosionen aufgehen lassen.
Manöver-Resultat: Fünf Tage Atomkrieg genügen, um Westdeutschland in einen Urzustand zu versetzen, von dem sich die Ruinen Großdeutschlands nach fünf Jahren Weltkrieg II so wohltuend unterscheiden würden wie Konrad Adenauers blühender Rosengarten in Rhöndorf von einem Granattrichter herkömmlicher Art.
Während die Abgeordneten des zweiten Deutschen Bundestages in der vorletzten Woche Theodor Blanks Grundsatzerklärung über die deutsche Armee über sich ergehen ließen und am nächsten Tag in elfstündiger Debatte das Freiwilligen-Gesetz in erster Lesung berieten, regnete es auf ihre Wahlkreise immer noch Manöver-Atombomben.

Sicherheit ist nicht zu erreichen

SPD-Chef Erich Ollenhauer war es, der an jenem Dienstagmorgen als erster auf das beklemmende Zusammentreffen hinwies: Am selben Tag, da Westdeutschlands Parlament das erste Wehrgesetz in die zuständigen Ausschüsse schickte, ging ein Manöver zu Ende, das Deutschlands Existenz in der Theorie auslöschte. Von Parlaments-Journalisten auf die Zeitschrift der US-Streitkräfte "Stars and Stripes" aufmerksam gemacht, konnte SPD-Wehrspezialist Fritz Erler am Abend der Debatte die ersten Details verkünden: 171 Atombomben fielen im Spiel auf den Verteidiger, 164 auf den Angreifer.
Erler: „Sicherheit ist ungefähr das einzige, was sie mit dieser Wehrorganisation nicht erreichen."
(Sehr wahr! und Beifall bei der SPD. – Abg. Kiesinger: Beweis! Endlich mal Beweis!)

oooooooooooooooooooo

Dokument B (70)

Die Göttinger Erklärung

„Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministerien ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, ihrerseits auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.
Erstens: Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als 'taktisch' bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als 'klein' bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten 'strategischen' Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.
Zweitens: Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.
Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen. Unsere Tätigkeit, die der Tätigkeit der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.
Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig. Und wir halten die Gefahr im Falle ihres Versagens für tödlich.
Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

12. April 1957,

gez.

Professor Fritz Bopp, Vorsteher des Instituts für Theoretische Physik der Universität München, München 42, Villacher Straße 14.
Professor Max Born, Nobelpreisträger 1954, Bad Pyrmont, Marcardstr. 4.
Professor Rudolf Fleischmann, Physikalisches Institut der Universität Erlangen.
Professor Walther Gerlach, Vorsteher des Physikalischen Instituts der Universität München, München 13, Franz-Joseph-Straße 15.
Professor Otto Hahn, Nobelpreisträger 1944, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen, Gervinusstraße 5.
Professor Otto Haxel, Direktor des II. Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg, Mönchhofstraße 26.
Professor Werner Heisenberg, Nobelpreisträger 1932, Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik, Göttingen, Merkelstraße 18.
Professor Hans Kopfermann, Direktor des I. Physikalnischen Instituts

der Universität Heidelberg, Heidelberg, Albert-Überle-Straße 7.
Professor Max von Laue, Nobelpreisträger 1914, Direktor des Fritz-Heber-Instituts der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem, Faradayweg 8.
Professor Heinz Maier-Leibnitz, Laboratorium für Technische Physik der Technischen Hochschule München.
Professor Josef Mattauch, Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz, Auf der Bastei 1.
Professor Friedrich-Adolf Paneth, Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz, Saarstraße 23.
Professor Wolfgang Paul, Professor für Experimentalphysik, Bonn, Nußallee 6.
Professor Wolfgang Riezler, Professor für Strahlen- und Kernphysik an der Universität Bonn, Nußallee 6.
Professor Fritz Straßmann, Direktor des Instituts für anorganische Chemie der Universität Mainz, Mainz-Gossenheim, Heidesheimer Straße 40.
Professor Wilhelm Walcher, Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Marburg, Marburg (Lahn), Renthofstraße 5.
Professor Carl Friedrich von Weizsäcker, Abteilungsleiter des Max-Planck-Instituts für Physik, Göttingen, Bunsenstraße 16.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Dokument C (71)

Es geht ums Leben!

Der Appell von Dr. Albert Schweitzer an die Männer der Wissenschaft: sie möchten der Menschheit über die Vorbereitungen zum Atomkrieg und die ihr damit eröffneten Aussichten „die Wahrheit sagen", ist nicht ungehört geblieben. Die Physiker als die in dieser Sache zuständigen Fachleute – zuletzt achtzehn angesehene deutsche Vertreter dieser Wissenschaft – haben uns die Wahrheit, wie sie sich ihnen auf Grund ihrer Erkenntnis darstellt, gesagt.
Ich fasse zusammen:
1. Was man heute „kleine" oder „taktische" Atombomben nennt, sind Waffen, deren Wirkung der der 1945 auf Hiroshima abgeworfenen ähnlich sind.
2. Es gibt keine technischen Möglichkeiten, große Bevölkerungsmengen vor der ausrottenden Wirkung der („großem") Wasserstoffbombe aber auch vor der jener („kleinen") Waffen sicher zu schützen.
3. Beim Weitergehen der sogenannten „Atomversuche" wird in absehbarer Zeit die radioaktive Verseuchung der Erde so weit fortgeschritten sein, daß überall Gefahr für das Leben besteht.
Die Bekanntgabe dieser Wahrheit ist von den hohen politischen Stellen und von der großen politischen Presse als unbefugte Einmischung in einen Bereich bezeichnet und behandelt worden, in welchem sie sich für allein zuständig halten. Man tröstet uns damit, daß die Bemühungen um eine kontrollierte Abrüstung auf dem Gebiet der Atomwaffen weitergehen sollen. Man läßt aber keinen Zweifel daran, daß die Vorbereitungen zum Atomkrieg mit Einschluß der praktischen Versuche unterdessen fortgesetzt werden. Es bleibt nur übrig, von denen, die die öffentliche Macht und das öffentliche Wort haben, an die Menschen zu appellieren: Sie sollen sich solche Abweisung und Vertröstung nicht gefallen lassen. Sie sollen die Sache in ihre eigenen Hände nehmen. Sie sollen ihrer Regierung und ihrer Presse mit allen Mitteln zu verstehen geben, daß sie weder ausrotten noch ausgerottet werden wollen: auch nicht zur Verteidigung der „freien Welt", auch nicht zur Verteidigung des Sozialismus! Sie sollen den Verantwortlichen im Westen und im Osten ein Halt! zurufen, daß ihnen die Ohren gellen.
Schluß mit der Vorbereitung eines Krieges mit Waffen, die ihn für alle Beteiligten von vornherein sinnlos machen! Schluß auch mit der gegenseitigen Bedrohung mit der Anwendung solcher Waffen! Sofortiger Schluß mit den offenbar schon im Frieden für uns alle lebensgefährlichen Experimenten! Die Menschen im Westen und im Osten sollen aufstehen gegen den Wahnsinn, der in dieser Sache im Gange ist. Sie sollen damit eine politische Tatsache ersten Ranges schaffen, mit der auch die Regierungen und die Presse werden rechnen müssen. Es geht nicht um Prinzipien, Ideologien und Systeme. Es geht nicht um Machtfragen. Es geht ums Leben. Es geht um sie, die Menschen. Sie sollen der Sache der primitivsten Vernunft, bevor es zu spät ist, zu ihrem Recht verhelfen.
Das ist es, was ich zu der durch die Erklärung der Atomphysiker geschaffenen Lage zu sagen haben.
K. Barth, 19.4.57

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Dokument D (72)

Kirchliche Bruderschaften gegen Atombewaffnung

Wir fragen darum die Synode, ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung des Gewissens als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam sprechen kann:
1. Der Krieg ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.
2. Kirchen aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.
3. Die Aussicht auf einen künftigen unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche nicht neutral bleiben kann.
4. Krieg als Atomkrieg bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.
5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur politischen Auseinandersetzung untaugliches, weil ihre Voraussetzung aufhebendes Mittel erwiesen.
6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur Nein sagen.
7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.
8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde.
9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.
10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel christlichen Glaubens.
Im Februar 1958

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Dokument E (73)

Der Aufruf des „Evangelischen Arbeitskreises" in der CDU

An die evangelischen Christen Deutschlands
Schwarmgeister verwirren das rechte evangelische Verständnis vom politischen Amt. Sie treten mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit und unter politischem Mißbrauch kirchlicher Ämter auf. Sie vermessen sich, diejenigen, die aus christlicher Verantwortung in ihrem Amt die Landesverteidigung ernst nehmen, der Verleugnung aller drei christlichen Glaubensartikel zu zeihen, ja, sie Atheisten zu nennen.
Daß die atheistisch-kommunistische Ideologie mit allen modernen Mitteln einer Diktatur die freie Welt zu übermächtigen sucht, wird verharmlost oder verschweigen.

Der Friede ist unser kostbarstes Gut. Wir stellen nur die Wirklichkeit des Friedens gegen die Illusion eines Friedens, die die Kapitulation aus der Angst vorbereitet.
Die allgemeine kontrollierte Abrüstung der konventionellen und nuklearen Waffen ist unser oberstes Ziel. Aber bis dahin – täuschen wir uns nicht! – beruht die Wirklichkeit des Friedens auf der indirekten Verteidigung: dem Gleichgewicht der Kräfte.
Die bequeme Ausflucht in den allzu billigen Frieden ist die eigentliche Kriegsgefahr – nicht anders als 1939. Die pazifistische Schwäche seiner Gegner hat Hitler ermutigt, sein Risiko gering einzuschätzen.
Als evangelische Christen in der öffentlichen Verantwortung beschwören wir daher die verantwortlichen Vertreter unserer evangelischen Kirche, wachsam und nüchtern die Geister zu scheiden, uns immer neu in die Verantwortung des Friedens zu rufen, aber sich nicht in politische Entscheidungen drängen zu lassen. Das ist nicht ihres Amtes.
Wir rufen unser Volk auf
an unsere Brüder in Mitteldeutschland fürbittend zu denken, die von uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unter Befreiung vom sowjetisch-ideologischen Joch vertrauensvoll erwarten. Die Gewissensnot drüben ist grauenhaft. Wenn wir nicht frei bleiben, können sie nicht frei werden.
Wir bitten unser Volk
nicht den Parolen der unverbindlichen Vorleistung der einseitigen Abrüstung und der Kapitulation in Raten zu folgen.
Wir beschwören unser Volk
nüchtern eingedenk zu bleiben, daß Frieden, Freiheit und Sicherheit Opfer, Mut und Disziplin kosten – wider alle Angst vor dem Kommunismus und der Atombombe.
Laßt uns in der Kraft des Glaubens die Angst überwinden.
Essen, Juni 1958.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Dokument F (74)

Kampf dem Atomtod

Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht. Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschußbasen für Atomwaffen können diese Bedrohung nur erhöhen.
Ziel einer deutschen Politik muß deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands.
Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen.
Wir rufen das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.
10.3.1958
Zahlreiche Wissenschaftler und Politiker, sowie Künstler u.a.: Stefan Andres, Heinrich Böll, Max Born, Walter Dirks, Axel Eggebrecht, Erich Kästner, Prof. Dr. Carlo Schmid, Gustav Heinemann, Ernst Kreuder, Eugen Kogon.

Dokument G (75)

Redebeiträge, Auftaktkundgebung 'Gegen den Atomtod' Frankfurt, 23. März 58

Helene Wessel, MdB.
'Wir Frauen müssen jetzt neben den Männern unsere Stimme erheben. Die Gefahr, daß es nicht zur Verständigung der Völker und zur Abrüstung der Atomwaffen, statt dessen aber zur Aufrüstung kommt, erhöht ständig die Möglichkeiten, daß es an irgendeinem Punkt der Welt zur Explosion und damit zur Massenvernichtung der Menschen kommt.
Die große Verantwortung muß uns Frauen den Mut zum tätigen Handeln geben. Darum reihen wir uns ein in die Kampfgemeinschaft gegen den Atomtod.'

Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD
'Bannen wir die Gefahr des Atomtodes. Fangen wir bei uns an. Geben wir ein Beispiel. Die Bundesrepublik soll frei bleiben von Atomwaffen aller Art.' 'Wir wollen keine Kernwaffen, wir wollen keine Abschußbasen, wir wollen keine Lagerplätze und wir wollen Kernwaffen nicht verwenden, in welcher Form auch immer!'
'Unser Entschluß, die Bundesrepublik aus der atomaren Aufrüstung auszuschließen, hat einen Sinn. Er ist ein Beitrag für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit. Wer die atomare Aufrüstung der BRD befürwortet und betreibt, schlägt die Tür zur Wiedervereinigung Deutschlands unwiderruflich zu.
Es darf nicht sein, daß das Unheil geschieht. Die Vernichtung kann nicht der Sinn menschlichen Daseins sein. Aus dieser Sorge, – und aus dieser Sorge allein und aus keinem anderen Grund – haben sich die Unterzeichner des Aufrufes 'Kampf dem Atomtod' zusammengefunden. Wir stehen zu dem Wort, das wir an den Schluß des Aufrufes gesetzt haben:
Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht!'

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Dokument J (77)

Wir protestieren

Die Naturfreundejugend hat von Anfang an jeden deutschen Wehrbeitrag abgelehnt. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß ein Rüstungsbeitrag auf der einen Seite zu Gegenmaßnahmen auf der anderen Seite – und daß dieses Wettrüsten schließlich zum alles vernichtenden III. Weltkrieg führt. Im Zeitalter der Kernwaffen bedeutet jede Aufrüstung, die immer mit dem Vorwand der Verteidigung von Freiheit und Kultur begründet wird, Vorbereitung zur Massenvernichtung.
Wir begrüßen es, daß alle ernsthaften und verantwortlichen Wissenschaftler der Welt nun ihre warnende Stimme erhoben haben. Die Auswirkungen der Anwendung radioaktiver Substanzen sind noch nicht einmal soweit bekannt, daß eine friedliche Verwertung der Atomkraft ohne Gefahr für die Menschheit gewährleistet ist. Trotzdem hat die Mehrheit des Bundestages, dem Wunsche der Regierung entsprechend, beschlossen, auch in Deutschland Kernwaffen einzuführen. Wir protestieren mit aller Kraft gegen diese neuerliche Bedrohung der deutschen Heimat und des deutschen Volkes, der Natur und der Menschheit.
Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nach diesem Beschluß der Bundestagsmehrheit weiter entfernt als je zuvor. Für die nukleare Aufrüstung werden künftig riesige Summen ausgegeben, obwohl dieses Geld dringend für Schulbau, Wohnungsbau, Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses u.a.m. benötigt würde. Alle Einwände gegen die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr werden jedoch mit

dem Hinweis auf den Wahlausgang vom September 1957 als dem Willen des Volkes nicht entsprechend abgetan. Aber damals stand die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen nicht zur Debatte. Darum müssen auch jetzt noch alle Mittel versucht werden, um die Verwirklichung des Beschlusses der Regierung und der Bundestagsmehrheit zu verhindern.
WIR WOLLEN alle Anstrengungen unterstützen, die geeignet sind, die Völker gegen den nuklearen Vernichtungswahnsinn aufzurütteln.
WIR ERWARTEN von den Mitgliedern unserer Organisation und von allen Gleichgesinnten, daß sie in diesem Kampf nicht ruhen werden, bis die Kernwaffen abgeschafft und alle Kriegsvorbereitungen eingestellt worden sind.
WIR RUFEN alle fortschrittlichen Organisationen, insbesondere die Jugend Deutschlands auf, diesen Kampf mit und gemeinsam zu führen und sich an der Aktion

kampf dem atomtod

zu beteiligen.
Herbert Faller, Walter Buckpesch, Doris Fritsche, Kurt Kreiselmeyer, Ernst Rohm
(Einstimmig beschlossen durch den Bundesjugendausschuß am 20. April 1958 in Hannover)



Dokument K (78)

Verbot der Volksbefragung gegen die Atomare Bewaffnung der Bundeswehr am 30. Juli 1958

Volksbefragungen in den Ländern verfassungswidrig

Die Gesetze der Länder Hamburg und Bremen für eine Volksbefragung über eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hat am 30. Juli 1958 die im Mai dieses Jahres in den Ländern Hamburg und Bremen beschlossenen Gesetze für eine Volksbefragung über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr für verfassungswidrig und damit für nichtig erklärt. Mit dieser Entscheidung hat das Gericht den Anträgen der Bundesregierung stattgegeben. Die Anträge der Bundesregierung stützten sich darauf, daß die in den Gesetzen behandelten Fragen der Verteidigung und der auswärtigen Beziehungen nach dem Grundgesetz ausdrücklich in die alleinige Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes gehören. Nach Ansicht der Bundesregierung bedeuten die Gesetze fernerhin einen Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der repräsentativen Demokratie.
Die bereits für den Juni vorgesehenen Volksbefragungen in den beiden Ländern waren durch einstweilige Anordnungen des Bundesverfassungsgerichts bis zu dieser Entscheidung ausgesetzt worden. Anlaß für die Länder-Aktionen war der Beschluß der Mehrheit des Bundestages am 25. März 1958, die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen auszurüsten, wenn die strategische Planung der NATO dies erfordere und keine allgemeine kontrollierte Abrüstung zustande komme. Nach diesem Beschluß versuchten die Sozialdemokraten zunächst im Bundestag ein Volksbefragungsgesetz für das gesamte Bundesgebiet durchzubringen. Die Mehrheit lehnte aber diesen Antrag ab. Daraufhin beschlossen die Sozialdemokraten, regionale Volksbefragungen in einzelnen Ländern vornehmen zu lassen. In den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen wurden entsprechende Gesetze mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten von den Landesparlamenten beschlossen.
Die Bundesregierung beantragte daraufhin beim Bundesverfassungsgericht, durch eine einstweilige Anordnung die Ausführung der Volksbefragung auszusetzen. Diesem Ersuchen der Bundesregierung stimmte das Gericht zu, so daß die Befragungen in den Ländern zunächst verschoben werden mußten.
Als zweite Maßnahme gegen die Atom-Befragungen klagte die Bundesregierung vor dem Verfassungsgericht gegen die Länder Hamburg und Bremen. Die Bundesregierung beantragte die Feststellung des Gerichts, daß die Volksbefragungsgesetze verfassungswidrig und damit nichtig sind (vgl. BULLETIN Nr. 122 vom 10. Juli 1958). Am 8. und 9. Juli 1958 verhandelte das Bundesverfassungsgericht mündlich über diese Anträge.

Hessen hat die Pflicht zur Bundestreue verletzt

Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts stellte ferner in einer Entscheidung am Mittwoch auf Antrag der Bundesregierung fest, daß das Land Hessen die Pflicht zur Bundestreue verletzt hat, weil die Landesregierung es unterlassen hatte, die Beschlüsse aufzuheben, die in einigen hessischen Städten zu Volksbefragungen über Atomwaffen gefaßt worden sind. Solche Beschlüsse waren von den Stadtverordnetenversammlungen in Frankfurt, Offenbach und Darmstadt gefaßt worden. Die Aufforderung der Bundesregierung, diese Beschlüsse im Aufsichtswege aufzuheben, hatte die hessische Landesregierung mit der Begründung abgelehnt, daß dies auf Grund der Rechtslage nicht möglich sei. Daraufhin hatte die Bundesregierung am 22. Mai das Bundesverfassungsgericht angerufen. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte daraufhin am 24. Juni durch einstweilige Anordnung die Durchführung amtlicher Volksbefragungen über die Atomrüstung in hessischen Gemeinden ausgesetzt, bis der Verfassungsstreit zwischen dem Bund und dem Land Hessen entschieden war.
(Aus: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, den 31. Juli 1958, Nr. 137, S. 1441)

Wir wollen kein deutsches Hiroshima

Wissen Sie . . .

. . . daß eine „taktische" Atom-Granate die Wirkung der Bombe von Hiroshima hat?

. . . daß der Todeskreisdurchmesser einer in 6000 Meter Höhe explodierenden Wasserstoffbombe (Typ 1000-X, 1955) 60 Kilometer beträgt? Eine Bombe, die über Stuttgart detoniert, läßt die Einwohner Tübingens am Strahlentod sterben.

. . . daß die Wasserstoffbombe 100 Millionen Grad Hitze erzeugt? So heiß ist es in der Sonne! Selbst die Steine verdampfen sofort bei solchen Temperaturen.

. . . daß der dreißigste Teil einer Wasserstoffbombe (Typ 1955) dieselbe Zerstörungskraft hat wie alle auf Deutschland im letzten Kriege abgeworfenen Bomben zusammen?

. . . daß die Wasserstoffbomben beliebig groß gebaut werden können? Bereits 6 (sechs) Standard-Wasserstoffbomben genügen, um die Bundesrepublik zu vernichten.

Haben Sie schon von der Maulwurfbombe gehört?

Diese dringt tief in die Erde ein, explodiert und schleudert 50 Millionen Tonnen Erde und Gestein in ca. 1500 Meter Höhe. Die herabstürzenden Massen begraben eine ganze Stadt unter meterhohem radioaktiven Schutt.

Wissen Sie, daß nach amerikanischen Messungen die Radioaktivität der Knochen westdeutscher Kleinkinder in sechs Monaten um 60 Prozent zunahm? Die Radioaktivität der Milch hat sich in New York von 1954—1957 verzehnfacht und im Kreise Tübingen im letzten Jahr verdoppelt!

Wissen Sie, daß in der Zeit vom Oktober 1956 bis Oktober 1957 die mittlere Aktivität des Regens 7×10^{-7} Microcurie pro ccm betrug — das ist das **70fache** dessen, was im Trinkwasser gerade noch erlaubt ist!
Diese Angabe wurde im Februar 1958 vom **Sonderausschuß „Radioaktivität"** der Bundesrepublik Deutschland (Prof. Boris Rajewsky) veröffentlicht. (Siehe „Frankfurter Allgemeine" v. 28. Febr. 1958.) Was sagen uns diese Zahlen?

Die Menschen sind im Augenblick munter dabei, **sich selbst zu vergiften,** allein durch die Radioaktivität der **Atombomben-Versuche!**

Bürgerinnen und Bürger!

Waffen, deren Erprobung **im Frieden** bereits größte Leiden über die Menschheit bringen und heute schon jeden 2500. Menschen an Atomstrahlenkrankheiten sterben lassen, sind schlimmer als die Summe alles Übels und Unrechts, die durch solche Waffen in einem Krieg beseitigt werden könnten. — Allein die zur Entwicklung solcher Super-Waffen notwendigen Versuche verseuchen bereits heute unseren Lebensraum auf lange Jahre, indem sie die Erbanlagen der Menschen auf **30 Generationen** schädigen.

Selbstmord ist keine Politik!

Alle Menschen in Ost und West stehen unter der gleichen Todesdrohung und leben in ständiger Angst.

Die Angst der Menschen untereinander kann niemals zum Frieden führen. — Wie leicht können die einen in der Hoffnung des totalen Sieges diese Waffen anwenden, oder die anderen aus dieser Angst in der Verzweiflung der absoluten Niederlage diese Bomben werfen, um den Gegner mitzureißen in die eigene Vernichtung!
Die Angst der Mächtigen ist oft nur eine Angst vor dem Verlust ihrer Macht. Das Ende der Vormachtstellung ihrer Partei erscheint ihnen als „Weltende".
Es gilt, diese Angst zu überwinden. Miteinander sprechen im ehrlichen Gespräch, wobei man auch hört auf die echten Nöte und Sorgen des anderen, nur so kann beiden Seiten geholfen werden. Weg von den Scheinproblemen, hin zu den menschlichen Grundproblemen.
Der **blinde** Anti-Kommunismus hat im 2. Weltkrieg das deutsche Volk in Verbrechen und Verderben geführt. Der „Erbfeind" Frankreich soll abgelöst werden durch den „Todfeind" Sowjetunion!
Dieser „Todfeind" **verzichtete** am 31. März 1958 auf alle weiteren Atom-Bomben-**Versuche!**
Wir müssen den „Stromkreis der Angst" unterbrechen und dem „Götzen Atombombe" abschwören.
Selbstmord eines Volkes ist überhaupt kein Weg in der Auseinandersetzung mit einem anderen politischen System.

Acht Jahre Außenpolitik des Bundeskanzlers Adenauer haben uns immer weiter von der Wiedervereinigung Deutschlands entfernt.

Nun hat uns der Bundeskanzler die fürchterlichsten Massenvernichtungsmittel, die Menschen je ersonnen haben, in die Hand gegeben.

Ist das noch verantwortlich gehandelt? Der Heilige Vater, Papst Pius XII., Albert Schweitzer, die 18 Göttinger Professoren, über 9000 Wissenschaftler der ganzen Welt sagen n e i n !

Nach der „Haager Landkriegsordnung" ist die Gewaltanwendung gegen nicht am Kampfe Beteiligte verboten. Im Kriege (und erst recht im F r i e d e n) hat der Staat k e i n unbeschränktes Recht in der Wahl seiner Mittel. Massenvernichtungsmittel werden damit verworfen.
Nach Artikel 25 unseres Grundgesetzes ist das Völkerrecht und damit auch die Haager Landkriegsordnung Bestandteil des Bundesrechtes.
Wenn die Bundesregierung solche Waffen einführt, handelt sie verfassungswidrig, vertritt einen Totalitätsanspruch gegenüber den Bundesbürgern und schaltet aus die religiösen und sittlichen Verpflichtungen des Staatsbürgers gegenüber G o t t.

Unser Bundesgerichtshof hat entschieden, daß das G e s e t z dort seine Grenze findet, wo es im Widerspruch zu den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts oder N a t u r r e c h t s tritt. Das heißt, daß **jeder** Deutsche nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat zur Gehorsamsverweigerung gegen **die** Mächtegruppen, die ihm diese Waffen in die Hand zwingen wollen.
Heute stehen die bitteren Konsequenzen von Adenauers verfehlter Politik vor aller Augen!

Atombewaffnete Heere in einem tiefgespaltenen Deutschland!

Wohin hat uns die Politik der eingebildeten Stärke geführt?

Adenauer erklärte am 28. April 1953 in Hamburg: „In unserer Hand, in der Hand der CDU und CSU, zusammen mit den beiden anderen Koalitionspartnern liegt bei der zukünftigen Wahl in Wahrheit das Schicksal der Welt!"

Und am 23. Januar 1958:

„Die Lage ist so ernst wie noch nie!"

Schluß mit solcher Politik!

Wir fordern vor allem:

Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

und danach schrittweise kontrollierte Abrüstung!

Wäre die Atombombe drei Monate früher fertig gewesen, dann wäre sie nicht auf Hiroshima und Nagasaki, sondern **auf Dresden und Stuttgart** geworfen worden, und es gäbe sicherlich niemand, der dem deutschen Volke die Atom-Waffen-Rüstung aufzuzwingen wagte!

- Denkt an unsere Vergangenheit!
- Denkt an unsere Zukunft!
- Denkt an Hiroshima!

Wir Einwohner von Rottenburg u. Umgebung protestieren

am Samstag, 19. April 1958, 20 Uhr, in der Turnhalle!

Es spricht der Bundestagsabgeordnete

Dr. Friedrich Schäfer

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Rottenburg
Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Hochschulgruppe für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit

Anmerkungen

(43) Rupp, H.K.: Außerparlamentarische Opposition in der Ara Adenauer. Köln 1980, S. 33.
(44) Poettering, H.G.: Adenauers Sicherheitspolitik 19551963. Bonner Schriften zur Politik u. Zeitgeschichte. Düsseldorf, 1975, S. 92.
(45) Rupp, H.K.: Außerparlamentarische ..., a.a.O., S. 35.
(46) Poettering, H.G.: Adenauers ..., a.a.O., S. 93.
(47) Zit. nach Rupp, H.K.: Außerparlamentarische ..., a.a.O., S. 37.
(48) Zit. nach Heipp, G. (Hrsg.): Es geht ums Leben! Der Kampf gegen die Bombe 1945-1965. Eine Dokumentation. Hamburg, 1965, S. 32.
(49) DER SPIEGEL, Ausgabe vom 1.5.1957.
(50) Neuerdings abgedruckt in: Schweitzer, Albert: Friede oder Atomkrieg. Vier Schriften. Vorwort von Erhard Eppler. München 1981.
(51) Otto, K.A.: Vom Ostermarsch zur APO. Frankfurt/Main, 1977, S. 58.
(52) Zit. nach Heipp, G.: Es geht ..., a.a.O., S. 103.
(53) Rupp, K.H.: Außerparlamentarische ..., a.a.O., S. 150.
(54) Zit. nach Meyer, A. / Rabe, K.K. (Hrsg.): Frieden `82. Bornheim, 1981, S. 52.
(55) Zit. nach Engelmann, B.: Wir sind wieder wer. Auf dem Weg ins Wirtschaftswunderland. München, 1981, S. 224.
(56) Zit. nach Heipp, G.: Es geht ..., a.a. 0., S. 34.
(57) Rupp, K.H.: Außerparlamentarische ..., a.a.O., S. 144.
(58) Zit. nach Heipp, G.: Es geht ..., a.a.O., S. 35.
(59) Zit. nach Junge Kirche, Heft 8/9 1981.
(60) Zit. nach Heipp, G.: Es geht ..., a.a.O., S. 106.
(61) Rupp, K.H.: Außerparlamentarische ..., a.a.O., S. 168.
(62) Zit. nach Heipp, G.: Es geht ..., a.a.O., S. 113.
(63) Rupp, K.H.: Außerparlamentarische ..., a.a.O., S. 139.
(64) Vgl. Rupp, ebd., S. 164.
(65) Vgl. Rupp, ebd., S. 194.
(66) Otto, K.A.: Vom Ostermarsch ..., a.a.O., S. 63.
(67) Grosser, Alfred: Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945. München, 1970, S. 227.
(68) Rupp, K.H.: Außerparlamentarische ..., a.a.O., S. 171.
(69) DER SPIEGEL, Ausgabe vom 13.5.1955.
(70) Heipp, G. (Hrsg.): Es geht ums Leben! a.a.O., S. 35.
(71) Ebenda S. 57.
(72) Ebenda S. 82.
(73) Ebenda S. 87.
(74) Ebenda S. 105.
(75) Ebenda S. 106.
(76) Archiv Joachim Körner
(77) Archiv Naturfreundejugend
(78) Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung, Bonn, 31.7.1958.
(79) Dieser Abschnitt stützt sich vor allem auf: Otto, Karl A.: Vom Ostermarsch zur APO, a.a.O., und Buro, Andreas: Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 4. Schwerpunkt: Friedensbewegung. Frankfurt, 1977, S. 50-78.